



# HESSISCHER LANDTAG

30. 06. 2009

*Zur Behandlung im Plenum  
vorgesehen*

## **Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Ausbildung sichern - Verantwortung übernehmen**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass der Ausbildungsbonus (Beschluss des Bundestages vom 19. Juni 2009) als Einzelmaßnahme in Bezug auf die Bekämpfung der Ausbildungsplatzkrise unzureichend ist. Inzwischen sind 1,5 Mio. Jugendliche unter 25 Jahren ohne abgeschlossene Berufsausbildung. Im Jahr 2008 haben bereits fast 400.000 junge Menschen in Warteschleifen und Fortbildungsmaßnahmen gesteckt und wurden als "Altbewerber" klassifiziert. Insbesondere die Situation in Hessen verdeutlicht die Notwendigkeit politischer Intervention. Im Mai 2009 haben in Hessen 15.718 Bewerberinnen und Bewerber einen Ausbildungsplatz gesucht, zur Verfügung standen jedoch lediglich 10.041 unbesetzte Stellen. Allein durch die rechnerische Ausbildungslücke sind somit 5.677 Jugendliche unversorgt, und dies ohne Berücksichtigung von Wahlfreiheit und Zumutbarkeitskriterien, wie es geben soll und muss. Im Vergleich zum Mai vergangenen Jahres wurden 11,5 v.H. weniger Ausbildungsplätze gemeldet. Die Ausbildungsplatzquote der hessischen Unternehmen liegt 0,7 v.H. unter dem Durchschnitt von 6 v.H.
2. Der Landtag fordert die hessischen Unternehmen auf, eine Ausbildungsplatzquote von mindestens 7 v.H. einzuhalten. Als Teil des dualen Systems müssen Unternehmen und Wirtschaft sich ihrer Verantwortung für den Ausbildungsmarkt bewusst werden. Bereits 1980 stellte das Bundesverfassungsgericht fest, dass die gesellschaftliche Gruppe der Arbeitgeber allen ausbildungswilligen Jugendlichen die Chance auf den Erhalt eines Ausbildungsplatzes zu gewährleisten hat. Der Zustand, dass lediglich 35 v.H. der hessischen Betriebe überhaupt ausbilden, obwohl 63 v.H. eine Ausbildungsgenehmigung haben, ist hierbei bezeichnend.
3. Der Landtag beauftragt die Landesregierung daher:
  - a) Eine Bundesratsinitiative zum Grundrecht auf Ausbildung einzubringen. Bildung und Ausbildung sind essentielle Voraussetzungen für gesellschaftliche Partizipation. Junge Menschen müssen das Recht haben, diese in Anspruch nehmen zu können.
  - b) Eine Bundesratsinitiative zur Einführung einer bundesweiten Umlagefinanzierung für Ausbildungsplätze einzubringen. Hierbei soll die Richtlinie gelten, dass Unternehmen 2 v.H. ihrer Bruttolohnsumme in einen Ausbildungsfonds einzahlen, der dann entsprechend der Ausbildungsquoten in den Unternehmen verrechnet und ggf. wiederausgeschüttet wird.
  - c) Die Ausbildungsquote des Landes Hessen ist auf mindestens 7 v.H. zu erhöhen, damit Hessen seiner Vorbildfunktion gerecht wird.

Wiesbaden, 30. Juni 2009

Die Fraktionsvorsitzende  
**Wissler**